

Wohnbaupolitik

AFI: Eigenheim schwer erreichbar

Wegen der hohen Immobilienpreise können sich vor allem junge Südtiroler und Geringverdiener kein Eigenheim leisten, sagt das **Arbeitsförderungsinstitut**. Die Experten stellen die Wohnbaupolitik in Frage.



Der Traum von einer eigenen Wohnung bleibt für viele unerfüllt.



Teilen

Südtiroler Arbeitnehmer können sich laut einer Erhebung des Arbeitsförderungsinstituts heutzutage ein Eigenheim kaum mehr leisten. „Die hohen Immobilienpreise bewirken eine Nicht-Erreichbarkeit, die Junge und Geringverdienende besonders trifft“, bringt **Direktor Stefan Perini** die Ergebnisse der Sonderfragen im AFI-Barometer auf den Punkt. Laut AFI muss allerdings hinterfragt werden, ob eine Wohnbaupolitik, die fast ausschließlich auf Eigentum setzt, überhaupt noch zeitgemäß ist.

Hauptproblem sind zu hohe Immobilienpreise

Die zu hohen Immobilienpreise sind für Arbeitnehmer mit Abstand das Hauptproblem, sagen 90 Prozent der Befragten. Weitere 30 Prozent der vom AFI Befragten beklagen zu hohe Folgekosten, etwa die Instandhaltung der Gebäude und die Immobiliensteuer GIS. Die Schwierigkeit, ein Darlehen zu erhalten, kritisieren 28 Prozent der befragten Arbeitnehmer. Der Zugang zu Krediten und eine hohe Zinslast sind für die Befragten - im Unterschied zur Befragung vor fünf Jahren - hingegen weniger problematisch.

„Das zentrale Problem ist, dass Löhne und Immobilienpreise in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zueinander stehen – und viele Familien haben das Gefühl, sie gehen immer weiter auseinander“, betont Perini. Das AFI sieht das laufende Jahr 2020 für bezahlbares Wohnen als ein Schlüsseljahr, zumal mit 1. Juli vorgesehen ist, dass das neue Landesgesetz "Raum und Landschaft" in Kraft tritt. Für die Mittelschicht gelte es, mit gefördertem Wohnbau und Bausparen den Traum vom Eigenheim zu ermöglichen. Für die weniger betuchten und ärmeren Familien werde das Eigenheim wohl auch in Zukunft nur ein Traum bleiben, fürchtet das AFI, wenn nicht auch für diese Schicht genügend öffentliche Mittel vorgesehen werden. Ganz wichtig seien mehr Ressourcen für einen sozialen Wohnbau ohne Ghattobildung und ein größeres Mietangebot zu gebundenen Preisen, so das AFI.